

Margot Schüller

Planung bis zum Jahr 2000:

Wirtschaftliche Ziele und Entwicklungsschwerpunkte im 10-Jahresprogramm und 8. Fünfjahresplan (Teil 3)

Im Teil 2 (siehe China aktuell, Oktober 1991, S.644-658) wurden die im 10-Jahresprogramm und im 8. Fünfjahresplan für den Industriesektor aufgestellten Ziele vor dem Hintergrund der industriellen Entwicklung in den letzten Jahren und den notwendigen Rahmenbedingungen zur Realisierung der Planvorgaben näher betrachtet. Im folgenden Teil 3 soll nunmehr der Blick auf die für die landwirtschaftliche Entwicklung geltenden Planungsziele gerichtet werden. Die Beurteilung ihrer Realisierungschancen erfolgt unter Betrachtung der politischen, institutionellen und wirtschaftlichen Veränderungen in der Landwirtschaft. Die ländliche Industrie sowie die Bereiche Transport und Dienstleistungen werden im Teil 4 dieser Serie berücksichtigt.

5 Zielvorgaben für die landwirtschaftliche Entwicklung in den 90er Jahren

5.1 Leitlinien zur Landwirtschaftspolitik im 8. Fünfjahresplan

Während auf die quantitativen Zielvorgaben für die ländliche Entwicklung an späterer Stelle eingegangen wird, sollen zunächst die im Plan festgelegten Leitlinien der Landwirtschaftspolitik näher betrachtet werden. Diese können zu folgenden Aussagen zusammengefaßt werden:

- Stabilisierung und Verbesserung des Pachtsystems mit dem Haushalt als Basis.
- Aufbau eines (kollektiven) Dienstleistungssystems.

- Stärkung der Kollektivwirtschaft.
- Verbesserung des dualen Managementsystems, das die einzelwirtschaftlichen Aktivitäten der Bauern mit Aktivitäten der kollektiven Organisationen verbindet.
- Ausweitung der großflächigen Bewirtschaftung der Böden in Gebieten, die die notwendigen Voraussetzungen dafür bieten.
- Förderung der Getreideproduktion durch Reform des Handels- und Preissystems für landwirtschaftliche Produkte.
- Ausbau der ländlichen Infrastruktur, insbesondere des Wasserbaus.

Ohne Berücksichtigung der zwei letztgenannten Aussagen spiegeln diese Leitlinien in ihrem Nebeneinander der Zusicherung einzelwirtschaftlicher Entscheidungsrechte (Pachtsystem mit dem Haushalt) einerseits und Forderung nach Einschränkung dieser Rechte (Kollektivwirtschaft) andererseits deutlich die der Planaufstellung vorangegangene politisch-ideologische Auseinandersetzung wider. Diese konzentrierte sich auf die Frage, welche ökonomischen Freiheitsgrade den Bauern und ländlichen Unternehmern eingeräumt bzw. welche Bereiche staatlicher Kontrolle und Lenkung unterstellt werden sollten. Auslöser für diese sich ab 1988 zuspitzende Diskussion waren vor allem die instabile Getreideproduktion und unzureichende lokale Investitionen in die ländliche Infrastruktur sowie sich verstärkende Einkommensunterschiede und der schwindende Einfluß der ländlichen Parteiorganisationen auf das Verhalten der Bauern.

Die Vertreter einer konservativen Landwirtschaftspolitik in Partei und Regierung führten diese Probleme weniger auf Mängel in ihrer eigenen Landwirtschaftspolitik zurück, sondern insbesondere auf negative Nebenwirkungen des (Haushalts)Pachtsystems, die sie vor allem in der unzureichenden Kontrolle der einzelwirtschaftlichen Aktivitäten der Bauern sahen. Sie forderten dementsprechend 'Verbesserung' des Pachtsystems und 'Stärkung der Kollektivwirtschaft'. Die besondere Bedeutung dieser Begriffe bedarf näherer Erklärung und eines kurzen Rückblicks auf einige Aspekte der Landwirtschaftsreformen.

Das Anfang der 80er Jahre eingeführte landwirtschaftliche Pachtsystem, das eine Zuteilung von Bodennutzungsrechten an die Bauernhaushalte im Gegenzug zur Ablieferung von Produktionsquoten an den Staat vorsieht, stellte bei gleichzeitiger Einführung von Märkten ein wirkungsvolles Anreizsystem für Produktionssteigerungen dar. Da jedoch der Getreideanbau aufgrund niedriger staatlicher Ankaufspreise und steigender Preise für landwirtschaftliche Inputs in Relation zu anderen landwirtschaftlichen und nicht-landwirtschaftlichen Aktivitäten immer weniger attraktiv wurde, konnte die Durchsetzung der staatlichen Anbau- und Ankaufsplanung nicht mehr so problemlos wie in der Vergangenheit erfolgen.

Ebenso ging der staatliche Einfluß auf die Verwendung der ländlichen Einkommen für Investitionen in die Landwirtschaft zurück, da die Bauern ihre Investitionsentscheidungen nicht nach gesamtwirtschaftlich, sondern individuell rationalen Kriterien trafen. So führte die Unsicherheit über die Kontinuität der Landwirtschaftspolitik und die zeitliche Befristung der Bodennutzungsverträge zu einem anderen als dem staatlich erwünschten Investitionsmuster. Weiterhin konnten die kollektiven Wirtschaftsorganisationen auf Dorf- und Gemeindeebene für die Erfüllung ihrer Aufgaben nur noch relativ geringe Abgaben und Gebühren von den Bauern erheben, so daß damit ein Rückgang der für lokale Investitionen zur Verfügung stehenden Mittel vor allem in Gebieten, die keine Gewinne aus ländlichen Betrieben abschöpfen und umverteilen konnten, verbunden war.

Mit den im Verlauf der Reform entstehenden Möglichkeiten für die Bauern, sich auf Handels-, Transport- oder Dienstleistungsaktivitäten zu spezialisieren, erhöhten sich auch die Einkommensunterschiede, die die Forderung der konservativen Partei- und Regierungsvertreter nach stärkeren Umverteilungsmaßnahmen begründeten.

Der sinkende Einfluß der Partei/Regierung in den ländlichen Gebieten wurde durch die Auflösung der Kommunestrukturen weiter verstärkt. Dies war vor allem in den Dörfern und Gemeinden der Fall, in denen lokale Verwaltungen und kollektive Wirtschaftsorganisationen, die an die Stelle der Kommuneverwaltung, Produktionsbrigaden und -gruppen getreten waren, nur eine schwache materielle Basis besaßen. Wo nach der anfänglichen Zuteilung von Bodennutzungsrechten und Verkauf von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen an die Bauern, keine oder wenige dorf- und gemeindeeigenen Industriebetriebe vorhanden waren, deren Gewinne umverteilt werden konnten, beschränkte sich die ökonomische Machtposition der Dorf- und Gemeindefunktionäre, die oftmals in Personalunion Parteikader waren bzw. durch die die Partei ihren Einfluß ausübte, auf die Zuteilung von Inputs und die Kontrolle des staatlichen Ankaufs.

Obwohl formal der Anspruch bestand, auf Gemeinde- und Dorfebene kollektivwirtschaftliche Organisationsstrukturen (Genossenschaften, Wirtschaftskomitees, etc.) aufzubauen, die eine Einbindung der individuellen Produktionsaktivitäten der Bauern in die gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung vorsahen sowie das Angebot von der Produktion vor- und nachgelagerten Dienstleistungen mit Diffusion neuer landwirtschaftlicher Techniken, Lieferung von Marktinformationen und Bereitstellung von Vermarktungsmöglichkeiten, konnte diese Forderung nur in wenigen Gebieten auch tatsächlich realisiert werden. Das Fehlen dieser Dienstleistungsstruktur wirkte sich vor allem aufgrund der sich ausweitenden Märkte für landwirtschaftliche und Nebengewerbeprodukte negativ aus und zeigte die Schwäche der kollektiven Wirtschaftsorganisationen.

In den Parteidokumenten und Beschlüssen der Regierung zur Landwirtschaftspolitik in den Jahren 1989 und

1990 spiegelte sich deutlich der Versuch wider, eine größere Kontrolle über die ländliche Entwicklung zurückzugewinnen.¹ Zwar sollte das (Haushalts)Pachtsystem als stabilisierender Faktor beibehalten, doch durch den Aufbau eines sozialisierten Dienstleistungssystems ergänzt werden. Das im einheitlichen kollektiven Management befindliche Dienstleistungssystem wurde als Schlüssel für die Vertiefung der Reformen in den ländlichen Gebieten betrachtet und als Instrument zur Kontrolle der landwirtschaftlichen Produktion über den Einfluß auf alle der Produktion vor- und nachgelagerten Bereiche. Auch die Forderung nach großflächiger Bebauung der Nutzungsflächen durch Zusammenfassung der Flächen der Bauern und Bewirtschaftung durch Dienstleistungsgesellschaften zählte hierzu.²

Zur 'Stärkung der Kollektivwirtschaft' sollten die kollektiven Wirtschaftsorganisationen auf Dorfebene ihre in vielen Gebieten relativ schwache Kontrollfunktion durch Abschluß und Überwachung von Produktions- und Ablieferungsverträgen mit den Bauern verbessern. Durch die Ausweitung ihrer materiellen Basis über die Erhebung von Abgaben und Gebühren sowie Errichtung kollektiveigener Betriebe sollten sie weiterhin auf die Einkommensverteilung mit dem Ziel eines 'gemeinsamen Wohlstands' einwirken.³

Daß die konservativen Kräfte sich nur teilweise durchsetzen konnten, zeigten auch die im Dezember 1990 vom Staatsrat und vom Zentralkomitee der KPCh verabschiedeten Richtlinien zur Arbeit in den ländlichen Gebieten für 1991. Diese enthielten die Zusicherung, daß das Pachtsystem fortgesetzt wird, auch wenn betont wurde, daß die Verträge mit den Bauern Teil eines zweistufigen Managementsystems sind, das dezentrale Entscheidungsrechte durch den Haushalt und die zentrale Anleitung durch den Plan bzw. über die kollektiven Wirtschaftsorganisationen zusammenfaßt. Gleichzeitig forderten die Richtlinien den Aufbau eines sozialisierten Systems landwirtschaftlicher Dienstleistungen sowie die schrittweise Ausweitung der kollektiveigenen Wirtschaft. Zwar wies das Dokument auf die wichtige Funktion der ländlichen Betriebe hin, doch wurde ausdrücklich die dominante Rolle der Kollektivwirtschaft gegenüber der Einzelwirtschaft betont.

Deutliche Zugeständnisse an die konservativen Kräfte spiegeln sich in der Ankündigung im Rundschreiben wider, ab Winter 1990 über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren eine Erziehungskampagne zur Verbreitung der Parteirichtlinien, zum Patriotismus, Kollektivismus und Sozialismus durchzuführen. Hierdurch sollte den Bauern insbesondere die 'sozialistische Natur' des Pachtsystems vermittelt werden. Um den Einfluß der Partei in den ländlichen Gebieten zu stärken, forderten die Richtlinien weiterhin, die Funktion der Parteizelle als Führungskern gegenüber den Dorfkomitees und kollektiven Wirtschaftsorganisationen zu stärken.⁴

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß mit der Dominanz der Vertreter einer konservativen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise 1988 und den politischen Unruhen 1989 die realen Probleme in der Landwirtschaft neu interpretiert wurden. Während diese eher mit einer widersprüchlichen Preispolitik und Mängeln im staatlichen Handelssektor sowie unzureichenden staatlichen Investitionen begründet werden können, forderten sie eine erneute Zentralisierung bestimmter Rechte in Produktion und Distribution und über die 'Stärkung der Kollektivwirtschaft' und der 'ideologischen Erziehung' einen größeren Einfluß der Partei. Gleichzeitig wurde die Beschränkung der ländlichen Industrie auf Verarbeitung lokaler Ressourcen bei gleichzeitiger Verknappung der Kredit- und Energiezuteilungen als probates Mittel angesehen, die staatlichen Verlustunternehmen in den Städten vor der wachsenden ländlichen Konkurrenz zu schützen und damit die städtische Arbeiterschaft vor Arbeitsplatzverlusten zu bewahren.

Da die im 8.Fünffjahresplan enthaltenen Richtlinien eine Kompromißformel zwischen Vertretern unterschiedlicher Konzepte der Landwirtschaftspolitik waren, gingen die Auseinandersetzungen auch nach Verabschiedung des Planes weiter.⁵

Erst mit dem zunehmenden Einfluß der Reformkräfte, die zur Belebung der Landwirtschaft mehr Markt und die außenwirtschaftliche Öffnung forderten, scheint die bisherige Auseinandersetzung über eine stärkere Kontrolle einzelwirtschaftlicher Aktivitäten

und ländlicher Betriebe beendet zu sein. Zumindest findet sich dieses Thema nicht mehr in den offiziellen Aussagen zur Landwirtschaftspolitik, sondern eine andere Frage ist in den Vordergrund getreten: Wie soll die sozialistische Marktwirtschaft mit Beschränkung der staatlichen Funktionen auf indirekte ökonomische Hebel in den ländlichen Gebieten durchgesetzt werden, solange hier die notwendigen Rahmenbedingungen fehlen und Märkte unvollkommen sind. Zwar wird nach wie vor der Aufbau eines sozialisierten Dienstleistungssystems fordert, doch als Voraussetzung für die Anpassung der Bauern an sich verändernde Marktbedingungen und nicht als Instrument zur Kontrolle der einzelwirtschaftlichen Produktionsentscheidungen.

Der Umschwung von der politisch-ideologischen Auseinandersetzung hin zur Diskussion der realen Probleme und ihren Ursachen wird gegen Ende 1992 mit der Forderung nach stärkerer Unterstützung der Landwirtschaft, die trotz gegenteiliger politische Beteuerungen stets zu Gunsten anderer Sektoren vernachlässigt worden war, besonders deutlich. Ob in den folgenden Jahren damit tatsächlich eine stärkere Umleitung von Ressourcen in die Landwirtschaft verbunden sein wird, bleibt abzuwarten.⁶

Während die Leitlinien zur Landwirtschaftspolitik im Verlauf der letzten Jahre einen Wandel erfahren haben, sind die quantitativen Zielvorgaben bisher noch nicht verändert worden. Im folgenden werden diese vorgestellt und auf die Entwicklung in den einzelnen Bereichen näher eingegangen.

5.2 Quantitative Vorgaben im 8.Fünffjahresplan und 10-Jahresprogramm

Die Planvorgaben in den wichtigsten ländlichen Wirtschaftsbereichen können der Tabelle 1 entnommen werden. Sowohl im Pflanzenanbau also auch in der Vieh- und Fischzucht wird mit überwiegend niedrigeren Zuwachsraten der jährlichen Produktion bis zum Ende des 8.Fünffjahresplanes und bis zum Jahr 2000 gerechnet, als in den vorangegangenen Jahren. Während beispielsweise in der Periode des 7.Fünffjahresplanes (1986-90) die durchschnittliche Wachstumsrate der

Getreideproduktion pro Jahr noch 3,3% ausmachte, wird bis 1995 lediglich mit einer Erhöhung von 0,4% gerechnet. Deutlich geringere Zuwächse werden auch beim Anbau von Baumwolle sowie Zuckerrohr und -rüben angenommen, deren Produktion im 7.Fünffjahresplan noch um durchschnittlich 1,6% sowie 3,6% zunahm, während bis 1995 nur von einer Steigerung von 1,0% bzw. 0,8% ausgegangen wird. Eine Ausnahme bildet lediglich die Zielvorgabe für Ölsaaten, deren Output mit einer jährlichen Erhöhung vom 2,2% stärker als im 7.Fünffjahresplan (0,4%) wachsen soll. Selbst für die Erzeugung von Fleisch und Fisch sieht die Planung lediglich eine jährliche Steigerung von 3,6% bzw. 3,2% vor und liegt damit weit unter den in der Vergleichsperiode realisierten Wachstumsraten von 7,4% und 11,9%.

Der Hintergrund für die sich in den Planvorgaben widerspiegelnde kritische Einschätzung der Wachstumschancen der Agrarproduktion sind die seit Mitte der 80er Jahre auftretenden Engpässe in der landwirtschaftlichen Entwicklung, die auch Anfang der 90er Jahre nicht gelöst waren. Im folgenden werden die Outputveränderungen der einzelnen landwirtschaftlichen Bereiche in den letzten Jahren nachgezeichnet und die für diese Bereiche charakteristischen Probleme untersucht.

6 Betrachtung einzelner landwirtschaftlicher Produktionsbereiche

6.1 Anbauproduktion

Die Tabelle 3 zeigt die jährlichen Veränderungsrate der Produktion der wichtigsten Anbaupflanzen im Zeitraum 1984-90. Der Getreideoutput unterlag in dieser Periode starken Schwankungen, und das 1984 mit 407,31 Mio.t erreichte höchste Niveau im 6.Fünffjahresplan (1981-85) konnte erst 1989 wieder realisiert werden. Größere Veränderungsrate zeigte auch die Baumwollproduktion auf, die bis 1990 nicht wieder die Rekordhöhe des Jahre 1984 von 6,26 Mio.t aufweisen konnte. Auch die Outputentwicklung der zuckerhaltigen Pflanzen (Zuckerrohr und -rüben) sowie der Ölsaaten war keineswegs stetig, sondern schwankte vor allem in der Periode des 7.Fünffjahresplanes (1986-90) beträchtlich.

Die Einbrüche in der Pflanzenproduktion fielen zwar stets auch mit schwierigen Wetterbedingungen zusammen, entscheidende Auslöser waren jedoch andere Ursachen. So wurden die Input- und Outputentscheidungen der ländlichen Produktionshaushalte vor allem durch das Preissystem und Restriktionen des staatlichen Planungssystems über die Vorgabe von Ankaufsquoten negativ beeinflusst. Wie die ländlichen Produzenten auf die Veränderungen dieser Faktoren in den letzten Jahren reagiert haben, wird am Beispiel des Getreideanbaus gezeigt.

6.1.1 Einflüsse des Preissystems auf die Getreideproduktion

Hohe Wachstumsraten kennzeichneten die Getreideproduktion in der ersten Phase der Landwirtschaftsreform bis 1984, in der eine Steigerung des Getreideoutputs von 304,77 Mio.t im Jahre 1978 auf 407,31 Mio.t erfolgte. Noch vor der Zuteilung von Bodennutzungsrechten an die Bauern wurden die staatlichen Aufkaufspreise für Getreide (und andere Produkte) mehrfach erhöht und wirkten sich als Anreize für Produktionssteigerungen aus. Der positive Effekt wurde durch eine Beschränkung der Preise für landwirtschaftliche Inputs wie Kunstdünger, Maschinen, etc. weiter verstärkt. Die Zulassung von Märkten und die Reduzierung der staatlichen Getreideankaufsquote erhöhten außerdem die Motivation der Bauern, den Anteil des selbst vermarkteten Getreides zu erhöhen. Zwar stiegen auch nach 1984 die staatlichen Getreideankaufspreise weiter, doch die Kosten der Getreideproduktion erhöhten sich wesentlich schneller und gleichzeitig verschlechterten sich die übrigen Rahmenbedingungen im Getreideanbau.

Da die Erhöhung der staatlichen Aufkaufspreise nicht über eine gleichzeitige Steigerung der Wiederverkaufspreise für die städtischen Konsumenten, sondern direkt aus dem Staathausalt finanziert wurde, hatten die Subventionen für Nahrungsmittel stark genommen. Um die Belastung des Staates zu reduzieren und weil von einer weiterhin positiven Outputentwicklung bei Getreide in den kommenden Jahren ausgegangen wurde, kündigte die Regierung für 1985 eine Veränderung des bis dahin bestehenden staatlichen Ankaufssystems an. Dies basierte auf ei-

Tabelle 1: Produktionsangaben ausgewählter landwirtschaftlicher Bereiche 1985 und 1990 sowie Planvorgaben 1995 und 2000 (in Mio.t)

	Produktion 1985	Produktion Jahr 1990	Produktion Jahr 1995	Produktion Jahr 2000
Pflanzenanbau				
Getreide	379,11	446,24	455,00	500,00
Baumwolle	4,15	4,51	4,75	5,25
Ölsaaten	15,78	16,13	18,00	k.A.
Zuckerrohr und -rüben	60,47	72,15	75,00	k.A.
Viehzucht				
Fleisch	17,61	25,14	30,00	k.A.
Fischzucht				
Aquatische Produkte	7,05	12,37	14,50	k.A.
Forstwirtschaft				
Waldfläche in % der Gesamtfläche	k.A.	12,90	14,00	k.A.

Quelle: *Zhongguo Tongji Nianjian*, 1992, S. 358-75; Angaben zu den Planvorgaben in SWB, 29.4.91.

Tabelle 2: Jährliche Wachstumsraten der landwirtschaftlichen Produktion in den Fünfjahresplänen 1986-90; 1991-95 und 1996-200

	Wachstumsrate 1986-90	Wachstumsrate 1991-95	Wachstumsrate 1996-2000
Getreide	3,3	0,4	1,9
Baumwolle	1,6	1,0	2,0
Ölsaaten	0,4	2,2	k.A.
Zuckerrohr und -rüben	3,6	0,8	k.A.
Fleisch	7,4	3,6	k.A.
Fisch	11,9	3,2	k.A.

Quelle: Wachstumsraten eigene Berechnungen nach Angaben in Tabelle 1.

Tabelle 3: Produktion der wichtigsten Anbaupflanzen 1984-1990 (Mio.t; Index: Vorjahr = 100)

Jahr	Getreide	Index	Baum- wolle	Index	Öl- saat	Index	Zucker	Index
1984	407,31	105,2	6,26	134,9	11,91	112,9	47,80	118,6
1985	379,11	93,1	4,15	66,3	15,78	132,5	60,47	126,5
1986	391,51	103,3	3,54	85,4	14,74	93,4	58,53	96,8
1987	402,98	102,9	4,25	119,9	15,28	103,7	55,50	94,8
1988	394,08	97,8	4,15	97,7	13,20	86,4	61,87	111,5
1989	407,55	103,4	3,79	91,3	12,95	98,1	58,04	93,8
1990	446,24	109,5	4,51	119,0	16,13	124,6	72,15	124,3

Quelle: *Zhongguo Tongji Nianjian*, 1992, S.358-360 und eigene Berechnungen.

nem Grundpreis sowie einem Überquotenpreis für zusätzliche Produktionsmengen und der Verpflichtung des Staates zum Ankauf der gesamten Produktion. Die Kosten für den staatlichen Ankauf waren bei diesem Preissystem vor allem deshalb gestiegen, weil mit wachsender Produktion ein immer größerer Teil zu Überquotenpreisen angekauft worden war.

Das neue Preissystem sah lediglich einen Vertragspreis vor, der sich zu 30% aus dem ehemaligen Grundpreis und zu 70% aus dem Überquotenpreis zusammensetzte. Der neue einheitliche Vertragspreis lag um rund 10% niedriger, und für zusätzliche Outputsteigerungen entfiel die Garantie eines höheren Preises, da die Entwicklung der Marktpreise im voraus nicht bekannt war. Ende 1984 waren die Marktpreise aufgrund der guten Ernteergebnisse erheblich gesunken und stellten keinen Anreiz für die Bauern dar, ihre Getreideproduktion auszuweiten. Zusammen mit dem negativen Effekt des neuen Preissystems sank das Interesse der Bauern am Getreideanbau, das sich in einem Reduzierung des Outputs um rd. 7% im Jahre 1985 widerspiegelte. Da ähnliche Veränderungen im Preissystem auch bei Baumwolle erfolgt waren, wichen die Bauern auf den Anbau von Ölsaaten sowie Zuckerrohr und -rüben aus, die 1985 hohe Zuwachsraten verzeichneten. Da 1986 die Marktpreise wieder stiegen und die Regierung befürchtete, daß die Bauern statt ihre Verkaufsverpflichtungen an den Staat zu erfüllen auf die Märkte abwanderten, wurden nicht nur die Märkte bis zur Ablieferung geschlossen, sondern sogar die staatlichen Ankaufsquoten erhöht, so daß nur ein kleiner Teil der Getreideproduktion zu höheren Preisen über den Markt verkauft werden konnte. Trotz der Erhöhung der staatlichen Ankaufspreise in den folgenden Jahren konnte dieser negative Effekt hoher Ankaufsquoten nicht kompensiert werden, da außerdem gleichzeitig der Anstieg der landwirtschaftlichen Inputpreise die Getreideproduktion verteuerte.⁷

Vor allem der Preis für Kunstdünger erhöhte sich in den Folgejahren für die Bauern erheblich, aber auch andere Produktionskosten stiegen wesentlich schneller als die staatlichen Getreideankaufspreise. Zwar weist die chinesische Statistik eine jährliche Zuwachsrate des Index der landwirtschaftlichen

Produktionsmaterialpreise von 9,12% gegenüber dem Anstieg des Index der staatlichen Ankaufspreise für landwirtschaftliche und Nebengewerbeprodukte von 10,4% auf, doch ist zu berücksichtigen, daß im erstgenannten Index offenbar nicht alle Produktionskosten erfaßt sind.⁸

Zusätzlich zu diesen demotivierenden Einflüssen über das Preissystem trat ab 1987 die Unfähigkeit der staatlichen Getreideaufkaufsorganisationen, den Bauern fristgerecht den Ankaufspreis in Bargeld auszuzahlen. Statt dessen wurden in vielen Regionen zunächst Berechtigungsscheine (Bai tiaozhi) ausgegeben, eine Praxis, die auch im Jahre 1992 weit verbreitet war, und die nicht den Anreiz zur Getreideproduktion erhöhte.⁹

6.1.2 Reform des Preis- und Handelssystems

Die Diskussion über die Frage des Preissystems für Getreide, aber auch für andere Produkte, die dem staatlichen Ankauf unterliegen, hat sich in den letzten Jahren verstärkt und findet auch in der Forderung zur Reform des Handels- und Preissystems im 8.Fünfjahresplan seinen Niederschlag. Einerseits wurde der negative Effekt niedriger staatlicher Ankaufspreise auf das Verhalten der Bauern erkannt und andererseits die weitere Finanzierung steigender staatlicher Preise durch Subventionen aus den Haushalten der Lokalregierungen und dem Staatshaushalt abgelehnt.

Erste Reformexperimente wurden beispielsweise im April 1991 im Kreis Guanghan, Provinz Sichuan, durchgeführt und umfaßten folgende Aspekte: Die Ablieferung von Getreide und Speiseöl durch den Kreis Guanghan an die Provinz Sichuan entfällt ebenso wie die Zuweisung von Subventionszahlungen übergeordneter Finanzebene an den Kreis. Die landwirtschaftlichen Inputs, wie Kunstdünger, Treibstoffe, etc., die in der Vergangenheit dem Kreis im Gegenzug zur Ablieferung von Getreide und Speiseöl zugeteilt worden waren, kauft der Kreis selbst. Gleichzeitig verkauft der Kreis Getreide und Speiseöl nicht mehr zu den ehemals niedrigen staatlichen Preisen, sondern zu Preisen, die den Marktpreisen entsprechen. Der Bauernhaushalt erhält den Marktpreis und zahlt

Landwirtschaftssteuern in Form von Getreide. Da die Bauern Getreide auch für den Eigenverbrauch anpflanzen müssen und die Umstellung auf den Anbau von Wirtschaftspflanzen spezielle Kenntnisse erfordert, wird davon ausgegangen, daß ausreichend Anreize vorhanden sind, den Getreideanbau weiter fortzuführen.¹⁰

Ein weiteres Beispiel für die Liberalisierung der Verkaufspreise bietet die Provinz Guangdong, die hiermit im April 1992 provinzwweit begonnen hat. Das System der planmäßigen Getreideablieferung wurde umgewandelt in ein System mit Aufstellung eines Index für den Getreideankaufspreis, der indikativen Charakter hat und bestimmte Grenzwerte enthält, die von den staatlichen Preis- und Getreideankaufsteilungen festgelegt werden. Die mit den Bauernhaushalten abgeschlossenen Ankaufsverträge legen diese Vorgaben zugrunde. Kann bei Abschluß der Ankaufsverträge keine Einigung über die Höhe des Ankaufspreises erfolgen, wird der Marktpreis als Basis herangezogen. Zur Stabilisierung der Preise werden Getreidevorräte angelegt, die bei einem zu hohen Anstieg der Marktpreise verkauft werden. Sinkt dagegen der Preis auf ein sehr niedriges Niveau, sind die staatlichen Ankaufsstationen verpflichtet, Getreide zu einem garantieren Mindestpreis anzukaufen.¹¹

Reformen des Preissystems wurden auch in anderen Gebieten durchgeführt und basierten sowohl auf einer direkten Erhöhung des staatlichen Ankaufspreises als auch des Wiederverkaufspreises an die städtischen Konsumenten. Diese Maßnahme wurde durch eine Reduzierung der Menge ergänzt, die zu einem staatlichen Vorzugspreis an die Städter verkauft wird, um die Subventionsbelastung zu senken. Die zweite Strategie basierte nicht auf der Veränderung von Preisen, sondern auf niedrigeren Ankaufsmengen, so daß die Bauern einen größeren Anteil auf den Märkten verkaufen können. Auch dies führte zu einem Anstieg der Preise für die städtischen Konsumenten.¹²

Neben der Veränderung des Preissystems wurden in den letzten Jahren erste Schritte zum Aufbau eines mehrstufigen Handelssystems mit Gründung überregionaler und landesweiter Großhandelsmärkte unternommen, ei-

ne Maßnahme, die auch im 8.Fünfjahresplan gefordert wird.¹³ Diese Reformen erfolgen vor dem Hintergrund zunehmender Engpässe in der Vermarktung von Agrarprodukten, die durch das staatliche Handelssystem und die staatlichen An- und Verkaufsstationen nicht ausreichend gelöst werden konnten.

Die Preise dieser Märkte sollen als Referenzstandards benutzt werden und damit eine Preisstabilisierungsfunktion erfüllen. Zu den wichtigsten nationalen Großhandelsmärkten zählt u.a. der im Oktober 1990 gegründete Zhengzhouer Getreidegroßhandelsmarkt in der Provinz Henan, der als nationale Warenterminbörse nach ausländischem Vorbild eingerichtet wurde. Auch für andere landwirtschaftliche Produkte sind inzwischen überregionale Großhandels- und Terminmärkte aufgebaut worden.¹⁴

Trotz einer Ausweitung der Marktmöglichkeiten, sehen sich die landwirtschaftlichen Produzenten jedoch mit einer Reihe von Restriktionen konfrontiert, die die nunmehr geforderte Marktorientierung erschweren. Hierzu zählen beispielsweise unzureichende Informationen über Bedarf, Preise und Handelsbedingungen sowie das mangelhaft ausgebaute Transportnetz, das den Zugang zu entlegenen Märkten behindert. Darüber hinaus gibt es Probleme beim regionalen und überregionalen Handel durch Marktzutrittsbarrieren, die von den Verwaltungsbehörden aufgebaut wurden, um ihre Produkte vor der Konkurrenz anderer Gebiete zu schützen. An den Kontrollstationen werden Gebühren und willkürliche Abgaben erhoben, die die Produkte von außerhalb verteuern.¹⁵

Neben hohen Transportkosten und Marktbarrieren stellt auch der unzureichende Lagerraum ein großes Problem dar, vor allem, wenn eine reiche Ernte die Preise auf den Märkten sinken läßt oder Getreide vorübergehend gespeichert werden muß, bevor es in andere Gebiete verkauft werden kann. Durch den Aufbau von staatlichen Getreidespeichern wird inzwischen versucht, bestehende Engpässe zu reduzieren und gleichzeitig preisstabilisierend Einfluß auf die Produktion zu nehmen.¹⁶

6.1.3 Staatliche Maßnahmen zur Förderung der Anbauproduktion

Auch im 8.Fünffjahresplan wird die grundlegende Bedeutung der Landwirtschaft für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung betont. Um die Fähigkeit der Landwirtschaft zu einem stabilen Wachstum zu fördern, wird im Plan die stärkere Unterstützung dieses Sektors durch Verbesserung der ländlichen Infrastruktur, vor allem im Wasserbau, Ausweitung des Angebots von landwirtschaftlichen Inputs und Diffusion moderner Technologien genannt.

Konkrete Vorgaben für die Steigerung der landwirtschaftlichen Inputs im 8.Fünffjahresplan sowie die Inputniveaus der Jahre 1985 und 1990 können der Tabelle 4 entnommen werden. Deutlich wird, daß über eine Ausweitung der Mechanisierung der Anbauproduktion zusätzliche Impulse gesetzt werden sollen. Während für die Erhöhung der maschinell gesäten und ge-

ernteten Anbauflächen bis 1995 mit einem vergleichbaren Zuwachs wie in der Periode des 7.Fünffjahresplanes gerechnet wird, geht die Planung von einer nur halb so großen Steigerung der maschinell gepflügten Anbauflächen und von einer nur geringfügigen Erhöhung der maschinell bewässerten Flächen aus.

Für die Erhöhung der Pflanzenproduktion war der Einsatz von Kunstdünger und Pestiziden seit Beginn der Reform von großer Bedeutung, insbesondere auch, um den Rückgang der Anbauflächen durch höhere Flächenerträge zu kompensieren. Allein rund 40% der Outputsteigerung bei Getreide wird auf die Anwendung chemischen Düngers zurückgeführt.¹⁷ Der Einsatz von Kunstdünger pro Flächeneinheit erhöhte sich allein von 86,7 kg/ha im Jahre 1980 auf 133,8 kg/ha im Jahre 1986 und nahm auch in der Folgezeit weiter zu.¹⁸ Bis zum Jahre 2000 wird sogar von einer Steigerung auf 300 kg/ha ausgegangen.¹⁹

Obwohl die Produktion von chemischem Dünger in den letzten Jahren weiter zugenommen hat, ist die Chemieindustrie insgesamt noch nicht in der Lage, die Nachfrage der Landwirtschaft mengenmäßig und in der Zusammensetzung der Kunstdüngersorten zu befriedigen. Während beispielsweise für 1991 von einem Bedarf von 115 Mio.t ausgegangen wurde, konnte dieser nur in einer Höhe von rund 97 Mio. t befriedigt werden, so daß weiterhin Importe notwendig waren; allein 1990 betragen diese 16,3 Mio.t. Problematisch ist auch die unzureichende Umstellung der Chemieindustrie auf einen höheren Anteil von Phosphat- und Kalidünger, dessen größerer Einsatz vor allem in der Getreideproduktion zusätzlicher Wachstumsraten ermöglichen würden.²⁰ Für eine Umstellung der Produktstruktur mit weniger Stickstoffdünger und mehr Kali- und Phosphatdünger wären jedoch hohe Investitionen notwendig, die ein stärkeres staatliches Engagement für die angeblich prioritäre Landwirtschaft erfordern würden.

Tabelle 4: Landwirtschaftliche Inputs 1985, 1990 und Zielvorgaben für 1995

	1985	1990	1995
Mechanisierung (Flächen in Mio.ha)			
Maschinelles Pflügen	34,44	48,26	56,7
Maschinelles Säen	12,09	21,57	31,1
Maschinelles Ernten	4,75	11,00	18,7
Maschinelles Bewässern	24,63	27,15	28,0
Landwirtschaftsmaschinen (im Mio.Stück)			
Große/mittelgr.Traktoren	0,85	0,81	1,1
Kleine/Handtraktoren	3,82	6,98	8,0
Mähdrescher (1.000 Stück)	k.A.	38,72	70,00
Landw.genutzte LKW	0,43	0,62	1,0
Chemisierung			
Kunstdünger (Mio.t)			
		95,6	125,00
Pestizide (Tsd.t)	58,5	228	230

Quelle:

Daten 1985: *Zhongguo Tongji Nianjian*, 1986, S.151, 153, 155, 295.

Daten 1990: *Zhongguo Tongji Nianjian*, 1991, S.329, 331, 323, 426.

(Die Flächenangaben sind im Jahrbuch in Mu-Flächeneinheit wiedergegeben und wurden auf der Basis 1 Hektar = 1.500 Mu umgerechnet); Produktion für Kunstdünger 1990 nach Angaben von Xinhua, in *NfA*, 10.6.91. Plandaten für Kunstdünger 1995: 125 Mio.t nach Angaben in XNA, 27.11.92; im Fünffjahresplan wird die geplante Kunstdüngermenge mit 100 Mio.t Standardgewicht angegeben. Sonstige Plandaten: Siehe Quellenangaben in Ash, R.F. (1992), S.559.

Neben der Mechanisierung und Chemisierung wird im 8.Fünffjahresplan auch die Verbreitung moderner Technologien für vor allem Saatgutzüchtung, für die Steigerung der Flächenerträge, für Pflanzenschutz, in Vieh- und Fischzucht sowie für Lagerhaltung und Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten gefordert. Konkrete Vorgaben umfassen beispielsweise Angaben über die Ausweitung der Anbauflächen für Mais- und Reishybride, die Anwendung 'moderner Anbautechniken' für Reis, Weizen und Mais sowie den erhöhten Einsatz von Plastikmaterialien [z.B. für die vorgezogene Anpflanzung in Kaltgebieten]. Obwohl hier in den letzten Jahren sichtbare Fortschritte erzielt worden sind, müßte der institutionelle Rahmen für die Verbreitung der Agrartechnologien noch verbessert werden. Bisher besteht auch nur ein geringes Angebot landwirtschaftlicher Beratungsstellen zur Verbreitung neuer Technologien, und der Anteil der Agrartechniker ist immer noch zu gering.²¹

Einfluß auf eine stabile Entwicklung der Agrarproduktion hat auch der Umfang der Investitionen in die ländliche Infrastruktur, vor allem für Projekte der Be- und Entwässerung, Hochwasserschutz, Bodenmelioration, etc. In diesem Bereich läßt sich eine deutli-

che Vernachlässigung durch staatliche Investitionen seit Anfang der 80er Jahre und verstärkt seit Mitte der 80er feststellen.²² Zwar wurde dieser Rückgang teilweise durch größere Beiträge der kollektiven und privaten Investitionen kompensiert, jedoch nicht ausreichend genug, um die notwendigen Rahmenbedingungen für die Agrarproduktion zu schaffen.²³

Da die meisten kollektiven Wirtschaftsorganisationen nicht über ausreichende Mittel für Investitionen aus Steuern und Abgaben der Bauern und der ländlichen Industrie verfügen, hat sich das Problem der Erhebung zusätzlicher Abgaben in den letzten Jahren drastisch verschärft. Obwohl die Regierung mehrfach Bestimmungen über die Begrenzung der Abgaben der Bauern erließ, scheint keine Trendwende in Sicht. Zu den Abgaben der Bauern zählen Zahlungen an drei kollektive Fonds, nämlich an den kollektiven Akkumulationsfonds, den Wohlfahrtsfonds sowie den Verwaltungsfonds. Weiterhin müssen die Bauern Gebühren für fünf Arten von Ausgaben entrichten, und zwar für die Unterhaltung der dorf- und gemeindebetriebenen Schulen, für die Familienplanung, für das Volksmiliztraining, für die Unterhaltung der ländlichen Straßen und den Straßenbau sowie für allgemeine Unterstützungsmaßnahmen.

Die staatlichen Bestimmungen über die Höhe der von den Bauern zu zahlenden Gebühren und Abgaben an lokale und zentrale Verwaltungseinheiten beschränken diese zwar auf 5% ihres Jahreseinkommens, in vielen Gebieten soll dieser Anteil jedoch ohne Berücksichtigung der Landwirtschaftssteuern 10% und mehr ausmachen. In einem Rechtsstreit, den Bauern in der Provinz Sichuan gegen die übermäßige Erhebung von Gebühren gegen ihre Gemeinderegierung führten, wird das Dilemma fehlender Investitionsmittel deutlich. So begründeten die Gemeindeglieder die Forderung von hohen Verwaltungsgebühren für die kollektive Wirtschaftsorganisation, die rund das Sechsfache des erlaubten Gebührenumfanges ausmachte, mit dem Hinweis auf die ihnen von übergeordneten Verwaltungsebenen vorgegebenen Aufgaben, die sie mit der Erhebung von Gebühren in der vorgeschriebenen Höhe nicht erfüllen könnten.²⁴

Tabelle 5: Strukturelle Veränderung des landwirtschaftlichen Bruttoproduktionswertes 1980 sowie 1985-1990 (Bruttoproduktionswert ohne Nebengewerbeproduktion = 100)

	Pflanzenproduktion	Forstwirtschaft	Viehzucht	Fischzucht
1980	76,73	4,25	17,15	1,88
1985	73,43	5,01	18,37	3,19
1986	73,96	5,14	17,70	3,20
1987	72,46	5,17	19,00	3,36
1988	70,01	5,22	21,15	3,61
1989	70,96	4,95	20,74	3,35
1990	72,43	5,06	19,25	3,26

Quelle: Ash (1992), S.551; Ash berechnet die prozentualen Anteile der einzelnen Produktionsbereiche unter Berücksichtigung von Preissteigerungen.

Die Folge der mangelnden Investitionen in wasserwirtschaftliche Anlagen und Bodenmelioration seit Anfang der 80er Jahre ist eine Zunahme der durch Überschwemmungen und Versalzung betroffenen Anbauflächen und eine zunehmende Versteppung.²⁵ Aufgrund fehlender bzw. nicht bereitgestellter Mittel für Infrastrukturprojekte wurde zwar seit Ende 1989 wieder verstärkt auf alte Konzepte der Mobilisierung der ländlichen Arbeitskräfte zurückgegriffen, die starken Überschwemmungen mit nachhaltigen Folgen in über 15 Provinzen im Frühsommer 1991 haben jedoch gezeigt, daß diese Kampagnen allein nicht ausreichen. Auch offiziell wurde eingestanden, daß viele Hochwasserschutzanlagen veraltet, reparaturbedürftig und aufgrund von Konstruktionsfehlern unzureichend waren und daß es auf lokaler Ebene vor dem Hintergrund von Auseinandersetzungen über Wasserressourcen an der Übernahme von Verantwortung für den Bau entsprechender Infrastrukturprojekte gemangelt hatte.²⁶

Die Zulassung individueller Nutzenmaximierung der landwirtschaftlichen Produzenten kann nicht gleichzeitig mit einem Rückzug des Staates aus der Verantwortung für solche gesamtwirtschaftlichen Aufgaben wie Sicherung der ländlichen Infrastruktur verbunden werden. Die Übernahme dieser Verantwortung ist gerade in China von besonderer Bedeutung, da hier im Durchschnitt pro Jahr 17% der An-

bauflächen ständig von Überschwemmungen, Dürre und anderen Naturkatastrophen betroffen sind und dadurch jährlich rund 20 Mio.t Getreide zerstört werden.²⁷

6.2 Sonstige landwirtschaftliche Produktionsbereiche

Zu den Zielen im 8.Fünffjahresplan zählt ebenfalls die weitere Entwicklung der übrigen Produktionsbereiche wie Vieh- und Fischzucht und Forstwirtschaft. Die Tabelle 5 zeigt deutlich, daß sich zwischen 1980 bis 1985 ein schneller struktureller Wandel vollzogen hat, während bis 1990 nur noch eine geringfügige Veränderung erfolgte.

Die Reduzierung des staatlichen Monopols in Produktion, Vermarktung und im Transportbereich hat sich auf die Ausweitung der Vieh- und Fischzucht deutlich positiv ausgewirkt. Diese Entwicklung spiegelt sich in der jährlichen Steigerung der Fleisch- und Fischproduktion um 7,4% und 11,9% zwischen 1986-1990 wider. Die hohe Marktnachfrage und dementsprechend attraktive Preisanreize für die ländlichen Produzenten weisen auch auf die Verbesserung der Einkommenssituation der Bevölkerung und dem damit verbundenen Wandel der Ernährungsgewohnheiten zu mehr Fleisch und Fisch hin. Auch der 8.Fünffjahresplan sieht eine Ausweitung der Fleisch- und Fischproduktion als notwendige Voraussetzung zur Erhöhung des Lebensstandards durch eine quantitative und qualitative Verbesserung der Ernährung vor.

Wichtigster begrenzender Faktor für die Ausweitung der Fleischproduktion ist jedoch die ausreichende Bereitstellung von Viehfuttergetreide. Wird von einer Getreidemenge von 3,5-5,0 kg für die Erzeugung von einem Kilo Fleisch ausgegangen, dann muß die bisherige Menge an Viehfuttermitteln, die sich bereits zwischen 1978 bis 1988 verdoppelt hat und rund 100 Mio.t bzw. 25% der gesamten Getreideproduktion betrug, schneller als bisher erhöht werden, um die Erhöhung des Fleischangebots zu gewährleisten.²⁸

7 Schlußbetrachtung

Die Aufstellung des Planvorgaben für die landwirtschaftliche Entwicklung fiel in eine Phase, die einerseits durch eine politische Auseinandersetzung über die Richtlinien der Landwirtschaftspolitik gekennzeichnet war und in der andererseits bestimmte Entwicklungspässe offensichtlich wurden. In der Reformperiode konnten in der Landwirtschaft zwar in allen Bereichen bemerkenswerte Zuwächse erreicht werden, die zur deutlichen Verbesserung der Versorgungssituation der Gesamtbevölkerung und der landwirtschaftliche Rohstoffe verarbeitenden Industrie beitrug. Ob die bisherige Strategie einer überwiegenden 'Selbstfinanzierung' der landwirtschaftlichen Entwicklung jedoch ausreichen wird, um die langfristigen Ziele der Wohlstandssteigerung der Bevölkerung (Xiaokang) und Modernisierung der Gesamtwirtschaft zu erreichen, bleibt fraglich.

Obwohl die im 8.Fünffjahresplan festgelegten Vorgaben wesentlich geringere Zuwachsraten als in der vorangegangenen Periode aufweisen, zeigen die ersten vorliegenden Statistiken für 1991 und 1992, daß die Planvorgaben nur teilweise erreicht wurden. (Siehe Tabelle 6) Vor allem die relativ geringe Steigerung der Getreideproduktion in den letzten zwei Jahren scheint die Realisierung des bis 1995 angestrebten Zuwachses zu gefährden. Dies wiederum hat Rückwirkungen auf die Fähigkeit, die Viehzucht im gewünschten Ausmaße zu erhöhen und das Ziel der verbesserten Versorgung mit Fleischprodukten zu erreichen.

Die Outputentwicklung der ersten zwei Jahre des Fünffjahresplanes deutet nicht darauf hin, daß der angestrebte stabile und ausgeglichene Wachstumsweg in der Landwirtschaft bereits erreicht ist. Vor dem Hintergrund ex-

Tabelle 6: Durchschnittliche geplante Produktionsmengen 1991-95 und realisierte Outputmengen 1991 und 1992 (in Mio.t)

	Output 1991-95 geplant	Output 1991 realisiert	Output 1992 realisiert
Getreide	447,00	435,29	442,59
Baumwolle	4,64	5,58	5,11
Ölsaaten	17,26	16,38	16,00*
Zucker	73,72	84,19	k.A.

* Die offiziellen Angaben in SWB 6.1.93 sprechen von einem 'leichten' Rückgang beim Output von Ölsaaten und einem 'Anstieg' beim Output von Zucker- und Zuckerrüben.
Quelle: Geplanter durchschnittlicher Output: Ash, R.F. (1992), S.561; Output 1991: Zhongguo Tongji Jianjian, 1992, S.358-360; Output 1992: Vorläufige Angaben in SWB, 6.1.93.

tremer Probleme mit dem Getreideaufkauf durch staatlichen Ankaufsstationen in diesem Jahr, der nur durch einen Sonderkredit der Zentralbank noch durchgeführt werden kann, erscheint die schnelle Umstrukturierung des bestehenden Distributionssystems notwendiger denn je.²⁹ Erste Schritte hierzu sind bereits erfolgt und zeigen den Weg aus dem Dilemma zwischen erforderlicher Steigerung der Ankaufspreise und Reduzierung der Subventionen.

Vor dem Hintergrund abnehmender Anbauflächen für die industrielle Expansion und den Städtebau, und den begrenzten Möglichkeiten, diese Entwicklung durch Ausweitung des Index für den Mehrfachanbau zu kompensieren, wird die Steigerung der landwirtschaftlichen Inputs und moderner Technologien besonders akut. Dies macht jedoch eine stärkere Konzentration industrieller Kapazitäten und Investitionen auf die Landwirtschaft notwendiger als bisher und erfordert eine tatsächliche Durchsetzung der Priorität für die Landwirtschaft.³⁰

In der nächsten Folge dieser Serie erfolgt eine Betrachtung der ländlichen Industrie und ihres Einflusses auf die landwirtschaftliche und gesamtwirtschaftliche Entwicklung vor dem Hintergrund der Planvorgaben im 8.Fünffjahresplan und im 10-Jahresprogramm.

Anmerkungen:

- 1) Siehe hierzu Schüller, M. (1990), Stärkung der bäuerlichen Einzelwirtschaft oder zurück zur ländlichen Kollektivwirtschaft?, in: China aktuell, S.785-788.
- 2) Der ZK-Beschluß für 1991 macht dies auch deutlich: "Text" of Circular Issued by the CCP Central Committee and the State Council on 1st December 1990 on Agriculture and Rural Work in 1991, in: SWB, 8.12.90; Report on the Current Situation and Tasks of Agriculture by State Council Vice Premier Tian Jiyun to the 16th Meeting of the Seventh NPC Standing Committee on 27th October 1990, in: SWB, 30.10.90.

- 3) Diese Forderung ist auch enthalten in: Decision of the CCP Central Committee on Further Strengthening Agriculture and the Work in Rural Areas, Adopted by the Eighth Plenary Session of the 13th CCP Central Committee on 29th November 1991, in: SWB, 3.1.92.
- 4) "Text" of Circular..., a.a.O.
- 5) Siehe hierzu auch Decision of..., a.a.O.
- 6) RMRB, 30.12.92.
- 7) Siehe die Diskussion dazu in Kung, J.K. (1992), Food and Agriculture in Post-Reform China, in: Modern China, Vol.18, No.2, S.142-144.
- 8) Die Frage stellt auch Ash, R.F. (1992), The Agricultural Sector in China: Performance and Policy Dilemmas during the 1990's, in: The China Quarterly, No.131, S.555.
- 9) Hierzu beispielsweise CD, 8.12.92.
- 10) SCMP, 28.5.91.
- 11) Kobayashi, H. (1992), Rural Economy and Distribution Problems in China, in: Jetro China Newsletter, No.98, S.15.
- 12) Kung, J.K. (1992), a.a.O., S.157-158.
- 13) Beijing Rundschau, 26.2.91, S.21.
- 14) Hierzu auch Chang, H. (1991), Stabilizing Agriculture Prices, in: The China Business Review, May-June, S.32-36; C.a., Okt. 1991, S.777 und 778; Kobayashi, H. (1992), a.a.O., S.16 u. 17.
- 15) C.a., September 1991, S.570; SWB, 2.7.92.
- 16) SWB, 2.7.92: Tian Jiyun calls for Agricultural Development.
- 17) XNA, 27.11.91.
- 18) Mei, D. (1991), Agricultural Chemicals, in: Xu Guohua/Peel, L.J. (1991), The Agriculture of China, S.152.
- 19) Delman, J. (1990), Chinas Agriculture Towards 2000: Projecting the Unprojectable, in: Delman, J. et al (1990) Remaking Peasant China, S.52. Delman zitiert hier eine CASS-Studie.
- 20) NfA, 10.6.1991.
- 21) Kollin-Hüssen (1992), Probleme der chinesischen Landwirtschaft, in: Asien, No.45, S.21 und 22 sowie Delman, a.a.O., S.48.
- 22) Der Rückgang des Anteils der staatlichen Investitionen für ländlichen Investbau in: Zhongguo Tongji Nianjian, 1992, S.158 und als Anteil an den Staatsausgaben: ebenda, S.221.
- 23) Zu den kollektiven und privaten Investitionen siehe auch Kollin-Hüssen (1992), Probleme der chinesischen Landwirtschaft, in: Asien, No.45, S.22 und 23.
- 24) Beispielsweise zu diesem Thema: SWB, 23.1.91: Hunan Officials Criticizes Work on Easing Peasant Burdens. SWB, 12.8.92: State Council Seeks to Reduce Peasants 'Financial Burdens'. XNA, 21.8.92: China to Lift Unfair Burdens on Farmers. RMRB, 12.9.92: Bauern gewinnen Rechtsstreit über Erhebung von Gebühren.
- 25) Zhongguo Zhaiyao, 1992; FAZ, 8.4.92.
- 26) SWB, 5.7.91.
- 27) CNA, No.1442, 1991, S.2.
- 28) Aubert, C. (1990), The Agricultural Crisis in China at the End of the 1980s, in: Delman, J., et al., a.a.O., S.25; Ash, a.a.O., S.564; JJB, 3.9.90.
- 29) CD, 8.12.92.
- 30) Kung, a.a.O., S.166 u. 167 und Ash, a.a.O., S.566.